der Verfassung ist es vielmehr, diese Substanz und diese Zielstellungen nicht antasten zu lassen. Sie achtet sorgfältig darauf, daß die Grundrechte nicht gegen die Macht des Volkes und seine sozialistische Demokratie mißbraucht werden können, niemandem die Möglichkeit gegeben wird, diese Rechte zum Nachteil von Mitbürgern anzuwenden.

— Mit vollem Recht werden die sozialistischen Grundrechte mitunter als Ausdruck objektiver Gesetzmäßigkeiten charakterisiert. Der sozialistische Staat verankert die wichtigsten Maximen seiner Politik auch grundrechtlich, um in dieser spezifischen Form zum Ausdruck zu bringen, welches Verhalten und aktive Handeln der Bürger mit den objektiven Erfordernissen übereinstimmt und damit ihrer Persönlichkeitsentfaltung wie auch der gesellschaftlichen Entwicklung optimal dient. Wenn aber den Grundrechtserregungen objektive Gesetzmäßigkeiten zugrunde liegen, wie das bei den meisten nachgerade augenfällig ist (so bei der Regelung des Rechts auf Mitgestaltung, auf freie Meinungsäußerung, auf Arbeit, auf Bildung, auf Gesundheitsschutz usw.), so ist ihnen auch dort, wo es nicht ausdrücklich hervorgehoben wird, die Verhaltensorientierung auf die Zukunft der Gesellschaft und des Menschen immanent. So wie das Befolgen und bewußte Durchsetzen der gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten der Gestaltung der Zukunft dienen, so demzufolge auch die Verwirklichung der Grundrechte. In diesem Sinne konnte Walter Ulbricht z. B. vor der Volkskammer zum Grundrecht auf Bildung ausführen, daß es dem Bürger ermöglicht, Herr der gesellschaftlichen Prozesse zu sein: „Durch dieses Grundrecht wird jeder Bürger in die Lage versetzt, mit der raschen Entwicklung auf gesellschaftlichem, wissenschaftlich-technischem und geistig-kulturellem Gebiet Schritt zu halten. So kann er bewußt und mit Sachkenntnis mitarbeiten und mitentscheiden.“¹⁴

— Weil die sozialistischen Grundrechte als Rechte verstanden werden, die aus den sozialistischen Verhältnissen geboren sind, und die Gesamtverfassung von der Erkenntnis durchdrungen ist, daß sich die sozialistische Gesellschaft und ihr Staat dynamisch entwickeln, gehört es zu den logischen und prognostischen Konsequenzen eines solchen Grundrechtsteils, daß sich diese Rechte weiter entfalten werden und es durchaus nicht ausgeschlossen ist, daß er im Verlaufe der künftigen Entwicklung auch um neue Rechte bereichert wird, die heute noch keine Fixierung als Grundrechte erfahren, da Sachlichkeit und Realität Prinzipien sozialistischer Grundrechtsverankerung sind.

So kann zum Grundrechtsteil festgestellt werden, daß jedes Grundrecht den Bürgern den Weg zur Persönlichkeitsentfaltung weist, damit sie in der sozialistischen Gemeinschaft die Zukunft meistern können. Jedes Grundrecht ist unmittelbar geltendes und anwendbares Recht. Dem widerspricht auch nicht der mögliche Einwand, daß einzelne Grundrechte noch nicht durchgängig von allen Bürgern verwirklicht werden können, weil es noch an notwendigen materiellen Voraussetzungen fehlt. Das könnte gegen das eine oder andere Grundrecht (z. B. das Recht zum Besuch der 10klassigen Oberschule, das Recht auf Berufsausbildung, das Recht auf Wohnraum) vorgebracht und dieses damit womöglich als unverbindlicher Programmsatz abgewertet werden. Vom unverbindlichen Programmsatz unterscheidet sich jedoch auch ein solches Grundrecht allein schon dadurch, daß es für die große Mehrheit der Bürger bereits voll verwirklicht ist und die sozialistische Gesellschaft schon heute in klarer perspektivischer Vorausschau auch in den noch notwendigen Fällen die bessere Verwirklichung in absehbarer Zeit gewährleisten kann.